



14. 02. 05: Tag der Rechenschaft

Vorwärts / Auf zur SPD. Sozialstaat verteidigen - Reichtum umverteilen !

Telefon: 0341- 463 99 79; Fax: 0341 - 463 99 78; e-Mail: Information@soziale-bewegung.de

Aufruf

22. Januar 2005

Die SPD geführte Bundesregierung will demnächst eine Bilanz zu Hartz IV ziehen. Sogenannte Experten, Vertreter verschiedener Organisationen, Wirtschaftsbosse und bestimmte Medienvertreter werden dies zum Anlaß nehmen, Hartz IV als eine im großen und ganzen gelungene „Arbeitsmarktreform“ zu loben. Sie werden die Richtigkeit ihrer sogenannten Arbeitsmarktreform unterstreichen und weitere „Reformen“ fordern. Diese „Reformen“ werden den Sozialstaat weiter demontieren, keine neuen Arbeitsplätze schaffen, die Millionäre und Besserverdienenden weiter finanziell entlasten und den Normalverdiener und die von Sozialleistungen Abhängigen weiter finanziell belasten. Die CDU-FDP-Mehrheit im Bundesrat fordert noch weiter gehende Veränderungen zu Ungunsten von Rentnern, Studenten, Erwerbslosen und Arbeitnehmern.

Mit dieser Politik muß Schluß sein! Unsere Bilanz der mit der sogenannten Agenda 2010 verbundenen „Reformen“ sieht anders aus: Eine Binnenkonjunktur, welche Arbeitsplätze schaffen könnte, ist wegen der immer geringer werdenden Kaufkraft der Normalverdiener und Erwerbslosen nicht in Sicht. Daran wird auch die steuerliche Entlastung der Reichen nichts ändern. Arbeitsplätze werden nur bei steigender Nachfrage entstehen. Niemand schafft Arbeitsplätze, wenn er die Produkte nicht absetzen kann – egal wie sehr er steuerlich entlastet wird. Statt aber ein Binnenkonjunkturprogramm aufzulegen und eine reformierte Vermögenssteuer von 1,5 % auf Vermögen über 500 000 Euro wieder zu erheben, werden die Sozialleistungen gekürzt und Menschen unverschuldet in Armut gestürzt.

Die Bilanz derer, die von der sogenannten „Arbeitsmarktreform“ Hartz IV betroffen sind, bleibt erschütternd. Kein Geld, drohende Obdachlosigkeit, pure Verzweiflung bei vielen, die nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen. Alleinstehende Mütter und Väter leben jetzt vom Kindergeld und Unterhalt ihrer Kinder. Sie bekommen nämlich nicht einmal den Regelsatz von 331 Euro Ost oder 345 Euro West.

Wir werden deshalb am 14. Februar vom Treffpunkt der Montagsdemonstranten aus zum Büro der Kanzlerpartei in unserem Ort ziehen und unsere Bilanz von Hartz IV übergeben. Wir werden von den örtlichen Vertretern der SPD Rechenschaft fordern über die Politik ihrer Parteiführung und nochmals darlegen, dass Hartz IV Millionen Bundesbürger in unverschuldete Armut stürzt und welche Auswirkungen Hartz IV für jene hat, die noch einen Normalarbeitsplatz haben. Und wir werden zum Ausdruck bringen, dass eine andere Politik möglich ist, wenn man das nur will. Es gibt nämlich Alternativen zum Sozialabbau: Es könnten alle Menschen in die Sozialversicherungssysteme einzahlen. Das würde diese stabilisieren. Mit den rund 24 Milliarden, der oben genannten Vermögenssteuer wären die Defizite aller bundesdeutschen Kommunen gedeckt und es wären noch 14 Milliarden übrig. Mit diesen Milliarden könnten Kindergartenplätze geschaffen, Schulen besser ausgestattet und das Sozialgeld angehoben werden.

Wir erwarten, dass ein örtlicher Funktions- oder Mandatsträger der SPD am 14. Februar anwesend ist, um zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen. Einfach nicht Stellung zu nehmen – wie das mit vielen unserer Briefe an die politisch Verantwortlichen geschehen ist – ist pure Ignoranz gegenüber den Interessen von Millionen Bundesbürgern.

Wir rufen die Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und die Gewerkschaften der Bundesrepublik auf: Beteiligt Euch am „Tag der Rechenschaft“! Zieht am Montag, dem 14. Februar, 18 Uhr mit den Demonstranten zu den Büros der SPD in Euren Städten und fordert von den Funktions- und Mandatsträgern der Kanzlerpartei Rechenschaft für die miserable Sozialpolitik und die ungerechte Steuerpolitik.

Wir bitten die Organisatoren der Donnerstags- und Freitagsdemonstrationen zu überlegen, ob Sie den Aktionstag zum Anlass nehmen können, auch Ihre wöchentliche Demonstration auf den Montag zu verlegen. Der zeitliche Gleichklang unseres Sozial-Protestes wird unsere Chancen auf Durchsetzung unserer Forderungen erhöhen. In einigen Städten – wie in Wittenberg – wurden die Demonstrationen deshalb schon auf einen Montag verlegt.

Vorwärts - Auf zur SPD! Sozialstaat verteidigen – Reichtum umverteilen!

Gruppen: Aktionsbündnis Montagsdemonstration Offenburg/Baden; Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen); Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde; Aktionskreis Demokratie und soziale Politik (DSP) Leipzig; Bündnis gegen Sozialkahl Schlag Dresden; Bürgerinitiative Bernburg und Umgebung; Freiburger Runder Tisch für soziale Gerechtigkeit - gegen Sozialabbau; IG Contra Sozialabbau Aschersleben-Staßfurt; Kulmbacher Initiative für soziale Gerechtigkeit; Nordhausen macht mobil; Soziales Bündnis Wittenberg; Sozialforum Berlin

Personen: Prof. Dr. Aris Christidis (Gießen); Fritz Daniel (Sozial-Protest Sondershausen); Andrea und Hans Drong (Attac Freckleben); Horst Engel (Bürgerinitiative Jessen "Für Arbeit und soziale Rechte"); Jens Flöck; Prof. Peter Grottian (Berlin); Hartmut Heuschkel (Leipzig); Peter Jaszczyk (ehem. Betriebsratsvorsitzender Opel Bochum); Ilja Karpowski (Berlin); Bettina Kuhn (Bündnis Montagsdemonstration Göttingen); Frank Lorenz (Aus Wut wird Widerstand Chemnitz); Michael Lange (Hamburg, Dipl.-Psychologe); Klaus Reuschel-Schwitalla (Leichlingen, WASG Rhein-Berg, Bergisch-Gladbach); Richard Schmid (Attac Könnern); Siegfried Weber (Dipl.Ing. Landkreis Altenburg); Wolfgang Weiß; Michaela Ziegs (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit Leipzig)

www.soziale-bewegung.de/Tag-der-Rechenschaft.htm

Leipzig, den 23. Januar 2005

Bundesweiter Aktionstag gegen ungerechte Sozial- und Steuerpolitik am 14. Februar

Montagsdemonstranten, Sozialbündnisse und Gewerkschaftsvertreter demonstrieren vor SPD Büros

Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen und Vertreter der Gewerkschaften wollen am 14. Februar gemeinsam mit den Montagsdemonstranten im gesamten Bundesgebiet zu den örtlichen Büros der SPD ziehen. Dies wurde während des 5. bundesweiten Treffens der Organisationen der sozialen Bewegung am Samstag in Leipzig verabredet. Man wolle von den örtlichen Funktions- und Mandatsträgern der Kanzlerpartei Rechenschaft für die miserable Sozialpolitik und die ungerechte Steuerpolitik“ fordern, heißt es in einem am heutigen Tag verbreiteten Aufruf. Der bundesweite „Tag der Rechenschaft“ am 14. Februar steht unter dem Motto „Sozialstaat verteidigen – Reichtum umverteilen“.

In dem Aufruf, der zuvor von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen eingebracht worden war, heißt es u.a.: „Eine Binnenkonjunktur, welche Arbeitsplätze schaffen könnte, ist wegen der immer geringer werdenden Kaufkraft der Normalverdiener und Erwerbslosen nicht in Sicht. Daran wird auch die steuerliche Entlastung der Reichen nichts ändern. Arbeitsplätze werden nur bei steigender Nachfrage entstehen. Niemand schafft Arbeitsplätze, wenn er die Produkte nicht absetzen kann – egal wie sehr er steuerlich entlastet wird. Statt aber ein Binnenkonjunkturprogramm aufzulegen und eine reformierte Vermögenssteuer von 1,5 % auf Vermögen über 500 000 Euro wieder zu erheben, werden die Sozialleistungen gekürzt und Menschen unverschuldet in Armut gestürzt.“ Die Demonstranten wollen am 14. Februar vor den SPD-Büros „darlegen ... welche Auswirkungen Hartz IV für jene hat, die noch einen Normalarbeitsplatz haben und ... zum Ausdruck bringen, dass eine andere Politik möglich ist, wenn man das nur will.“ Es gäbe nämlich Alternativen zum Sozialabbau, so der Aufruf, dem sich die Versammelten anschlossen. Die Demonstrationen sollen an den jeweiligen Stellplätzen der Montagsdemonstrationen in den einzelnen Orten beginnen, zu den SPD Büros führen und dann bis in die Abendstunden andauern.

An der Beratung, welche am Samstag von 11 bis 16 Uhr in Räumen des Ver.di Bezirkes Leipzig stattfand, nahmen ca. 90 Vertreter unter anderem aus Aschersleben, Berlin, Bernburg, Bitterfeld, Braunschweig, Chemnitz, Coswig, Cottbus, Dresden, Elsterwerda, Finsterwalde, Frose, Göttingen, Gröditz, Hohenmölsen, Hoyerswerda, Ilfeld, Könnern, Kulmbach, Lauter, Leipzig, Magdeburg, Markkleeberg, Mittweida, Mohorn, Nordhausen, Plauen, Quedlinburg, Schweinitz, Senftenberg, Sondershausen, Stadtsteinach, Staßfurt, Taucha, Weißenfels, Wittenberg und Zwickau teil.

Die anwesenden vertraten unter anderen folgende Organisationen und Initiativen: Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig-Nordsachsen), Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde, Aktionsgruppe gegen Sozialabbau Hoyerswerda, Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Senftenberg, Aktionskreis Demokratie & soziale Politik (DSP) Leipzig, globalisierungskritisches Netzwerk Attac, Aus Wut wird Widerstand Chemnitz, Bündnis gegen Sozialkahlschlag Braunschweig, Bündnis gegen Sozialkahlschlag Dresden, Bündnis Montagsdemo Göttingen, Bündnis soziale Gerechtigkeit Cottbus, Bürgerinitiative Bernburg, Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit Weißenfels, Euromarsch, Friedenszentrum Leipzig, IG contra Sozialabbau Aschersleben-Staßfurt, Soziales Bündnis Wittenberg, Initiative Sozialprotest Sondershausen, Neues Forum Leipzig, Nordhausen macht mobil, Soziale Gerechtigkeit Kulmbach, Soziale Gerechtigkeit Sondershausen, Soziales Bündnis Wittenberg, Sozialforum Berlin, Sozialforum Leipzig, Sozialforum Magdeburg, Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit.

www.soziale-bewegung.de/Tag-der-Rechenschaft.htm